

1. Zur Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit im künstlerischen Volksschaffen

1.1. Zur Qualifizierung der Kader, die für das künstlerische Volksschaffen politisch-ideologische und fachlich-methodische Verantwortung tragen, werden 1986/87 mit den Mitarbeitern des Zentralhauses für Kulturarbeit der DDR, der Bezirks- und Kreiskabinette für Kulturarbeit (einschließlich der Folklorezentren) sowie den Mitgliedern der Zentralen-, Bezirks- und Kreisarbeitsgemeinschaften des künstlerischen Volksschaffens 4 Seminare zu folgenden Themen durchgeführt:

- Die Verantwortung des künstlerischen Volksschaffens im Friedenskampf und in der ideologischen Klassenauseinandersetzung;
- Der Beitrag des künstlerischen Volksschaffens zur weiteren Ausprägung der sozialistischen Lebensweise, der Werte und Ideale des Sozialismus;
- Der Zusammenhang zwischen kulturellem Schöpferum der Werktätigen in der Freizeit als Element sozialistischer Lebensweise und der ökonomischen Strategie der SED;
- Die Anwendung der Leninschen Erbkonzeption unter den konkreten Bedingungen der 80er und 90er Jahre im künstlerischen Volksschaffen.

Das Ministerium für Kultur sichert die Ausarbeitung der dazu notwendigen Seminarpläne sowie die Vorbereitung und Durchführung der Seminare in den Bezirken und Kreisen im Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen Organisationen, die für das künstlerische Volksschaffen Verantwortung tragen.

1.2. Um ein lebens- und betriebsverbundenes Wirken der Volkskunstschaffenden zu verstärken, wird den Leitern der Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie den Vorsitzenden der Genossenschaften empfohlen, im Zusammenwirken mit den Leitungen gesellschaftlicher Organisationen regelmäßig, möglichst zu Beginn des Planjahres, die ökonomischen Aufgaben ihrer Kombinate, Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften den Volkskunstschaffenden, für die sie Verantwortung tragen, zu erläutern.

Im Sinne des Gesetzes über die Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen sichert das Ministerium für Kultur, daß die örtlichen Staatsorgane und ihre Einrichtungen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der VdGB dafür die notwendige Unterstützung geben.